

Antikriegstag 2017: Gegen Hochrüstung und Kriegspolitik

Mit großer Beunruhigung sehen wir in vielen Regionen der Welt eine zunehmende militärische Konfrontation und vor allem eine rasante Aufrüstung. Auch und gerade die NATO ist dabei eine treibende Kraft. US-Präsident Trump wird nicht müde, von seinen Verbündeten eine markante Aufrüstung zu verlangen. Mit Empörung mussten wir ansehen, wie Bundeskanzlerin Merkel und Verteidigungsministerin von der Leyen ihm im Prinzip zugesagt haben, die deutschen Militärausgaben am vorgegebenen Ziel von 2% des BIP auszurichten. Das entspricht fast einer Verdoppelung unserer gegenwärtigen Militärausgaben! Eine solche Politik führt zur weiteren Militarisierung der Gesellschaften und zwischenstaatlichen Beziehungen und – wie die Geschichte lehrt – letztlich auch in den Krieg. Eine solche Politik verhindert, dass genügend Geld in Bildung und allgemein in die Zukunft der Gesellschaft fließt.

Gegen diese Aufrüstungspläne ist entschiedener und breit getragener Protest notwendig. Alle politischen Verantwortungsträger und alle Bundestagskandidaten fordern wir auf, sich gegen die neue Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik zu stellen.

In Europa ist seit drei Jahren eine neue militärische Konfrontation entstanden, die höchste Gefahren für unseren Kontinent birgt. Fast hat man sich schon daran gewöhnt, dass entlang der Ostgrenzen der baltischen Staaten deutsche und russische Soldaten einander feindlich gegenüberstehen. Damit geht einher, dass alte und neue Feindbilder gegenüber Russland aufgebaut werden. Man muss in diesem Kontext daran erinnern, dass die NATO entgegen den Absprachen bei der Deutschen Wiedervereinigung seither immer weiter nach Osten vorgerückt ist. Diese Politik wird nun in der Ukraine fortgesetzt. Viele Menschen scheinen heute vergessen zu haben, dass nicht Russland Deutschland überfallen hat, sondern dass im letzten Weltkrieg Nazideutschland Russland mit Krieg überzogen hat, einem Krieg, dem 27 Millionen Sowjetbürger zum Opfer fielen. Die Lehren daraus können nur lauten:

Dialog und Friedensvereinbarungen mit Russland und die Schaffung einer militärisch neutralen Ukraine. Friedenssicherung durch Entspannungspolitik und Abrüstungsvereinbarungen. Ende der Sanktionen gegenüber Russland.

Vor allem im nahen Osten verfolgen wir den von George W. Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terrorismus“. Jeder Mensch kann inzwischen deutlich sehen, wohin er geführt hat: Zu immer mehr Terrorismus, zu Zerstörung, Not, Vertreibung und Flucht der Menschen, die keine Bleibe mehr haben. Und wir wissen auch wodurch er befeuert wird: Durch Waffenexporte, durch Kungeleien mit autoritären Herrschern, durch den Versuch, Staaten zu destabilisieren und militärisch zu unterminieren. Leider beteiligt sich auch Deutschland an dieser verheerenden Politik. Wir fordern von der Bundesregierung:

Wirksame Kontrolle und Stopp der Rüstungsexporte. Maßnahmen und Hilfen zur Umstellung auf zivile Produktion (auch und gerade in Kassel). Entschiedene Unterstützung der Friedensbemühungen und des Wiederaufbaus in Syrien und im Irak. Und nicht zuletzt: Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag!

Veranstaltungen:

1. September: Gedenken an den Beginn des 2. Weltkrieges am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg. Morgens um 5:45 Uhr an der Weinbergstraße, schräg gegenüber der Grimmwelt.

2. September: Demonstration gegen Hochrüstung und Kriegspolitik.

Auftaktveranstaltung: 11Uhr vor dem Phillip-Scheidemann-Haus (Haltestelle Mombachstraße). Rede: Mechthild Middeke. Danach Demonstration zum Opernplatz.

Kundgebung: 12:15 Uhr am Opernplatz. Rede: Jürgen Grässlin (Autor des Buches „Schwarzbuch Waffenhandel“)

